



### *Teil I – Zusammensetzung, Zuständigkeit*

#### **§ 1 Zusammensetzung des Rechtsausschusses**

1. Der Rechtsausschuss besteht aus dem/der Vorsitzenden und zwei Beisitzern(innen).
2. Der/Die Vorsitzende kann eine(n) Beisitzer(in) zu seinem/ihrer Stellvertreter(in) bestimmen.
3. Der Rechtsausschuss entscheidet in der Besetzung von zwei Beisitzern(innen) neben dem/der Vorsitzenden.

#### **§ 2 Zuständigkeit des Rechtsausschusses**

Der Rechtsausschuss ist zuständig

1. für Verfahren gegen ordentliche Mitglieder, Organe und Organmitglieder des DNagB
  - a) wegen Verstößen gegen die Satzung, Ordnungen und Beschlüsse des DNagB,
  - b) wegen verbandsschädigenden Verhaltens,
2. für Streitigkeiten zwischen Organen, Organmitgliedern und dem DNagB,
3. für Streitigkeiten zwischen ordentlichen Mitgliedern des DNagB und dem DNagB,
4. für Streitigkeiten zwischen ordentlichen Mitgliedern des DNagB,
5. für Verfahren wegen Verstößen gegen Wettkampf oder andere Ordnungen, soweit sich aus diesen die Zuständigkeit des Rechtsausschusses dafür ergibt und es sich um Veranstaltungen des DNagB handelt,
6. als Rechtsinstanz gegen Entscheidungen von abgeschlossenen Verfahren eines ordentlichen Mitgliedes,
7. als Rechtsinstanz gegen Disziplinarentscheidungen,
8. gemäß den Regelungen in der Satzung des DNagB.

## *Teil II – Verfahren*

### 1. Abschnitt: Allgemeine Grundsätze

#### **§ 3 Antragsrecht**

1. Anträge auf Einleitung eines Verfahrens können von jedem Organ und jedem ordentlichen Mitglied des DNagB oder von einem gemäß § 2 Betroffenen gestellt werden. Den Verfahrensbeteiligten ist rechtliches Gehör zu gewähren.
2. Die Regelungen zum Antragsrecht in der Satzung des DNagB für die dort geregelten Fälle sind zu beachten.
3. Die Anträge sind an den/die Vorsitzende(n) des Rechtsausschusses zu stellen mit Durchschrift an den/die Präsidenten(in) des DNagB.
4. Bei Verfehlungen eines Organmitgliedes kann der/die Vorsitzende des Rechtsausschusses auf Antrag eines Verfahrensbeteiligten eine Suspendierung des Beschuldigten bis zur endgültigen Entscheidung aussprechen. Auf Einspruch des Betroffenen hat innerhalb von einem Monat die mündliche Verhandlung zur Entscheidung stattzufinden.
5. Anträge wegen zu beanstandender Vorfälle sind binnen sechs Monaten ab Bekanntwerden des Vorfalles zu stellen. Nach Ablauf der sechs Monate tritt Verjährung ein.

#### **§ 4 Vertretungsrecht**

1. Ist ein Beteiligter noch nicht volljährig, muss einem gesetzlichen Vertreter und zusätzlich dem Referenten für Jugend Gelegenheit zur Abgabe von Erklärungen gegeben werden.
2. Jeder Beteiligte kann sich im Verfahren eines Rechtsanwaltes oder sonstigen Beistandes bedienen. Die insoweit entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

#### **§ 5 Fristen**

Der/Die Vorsitzende des Rechtsausschusses ist berechtigt, den Verfahrensbeteiligten für Stellungnahmen und Erwiderungen angemessene Fristen zu setzen. Werden diese Fristen ohne zwingenden Grund nicht eingehalten, kann der Rechtsausschuss sowohl im schriftlichen Verfahren als auch nach mündlicher Verhandlung entscheiden, ohne etwa verspätet eingegangene Stellungnahmen und Erwiderungen berücksichtigen zu müssen.

#### **§ 6 Befangenheit**

1. Ein Mitglied des Rechtsausschusses ist von der Mitwirkung an Verfahren und Entscheidungen ausgeschlossen,
  - a) wenn es selbst, sein Sportverein oder ein Mitglied seines Vereines an dem Verfahren beteiligt ist,
  - b) wenn es bei der angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat,
  - c) wenn es mit Beteiligten verwandt, verschwägert oder verheiratet ist.
2. Mitglieder des Rechtsausschusses können sich selbst für befangen erklären und ihre Mitwirkung an dem Verfahren ablehnen.
3. Ein Mitglied des Rechtsausschusses kann von den Verfahrensbeteiligten als befangen abgelehnt werden. Die übrigen Mitglieder des Rechtsausschusses entscheiden abschließend und unanfechtbar über den Befangenheitsantrag.

## 2. Abschnitt: Verfahren

### § 7 Entscheidungsweg

Der Rechtsausschuss entscheidet im schriftlichen Verfahren, es sei denn, ein Verfahrensbeteiligter beantragt ausdrücklich eine mündliche Verhandlung oder der/die Vorsitzende hält eine solche mündliche Verhandlung für geboten.

### § 8 Das schriftliche Verfahren

1. Der/Die Vorsitzende des Rechtsausschusses unterrichtet die Beisitzer(innen) über das beantragte Verfahren durch Übersendung der von den Beteiligten vorgelegten Unterlagen und Schriftwechsel.
2. Die Beisitzer(innen) teilen dem Vorsitzenden schriftlich ihre Auffassung zu dem gestellten Antrag mit.
3. Der/Die Vorsitzende legt die Entscheidungen und ihre Begründung schriftlich nieder. Diese sind von den Mitgliedern des Rechtsausschusses zu unterzeichnen.
4. Hält der Vorsitzende des Rechtsausschusses eine Angelegenheit für eilig, so kann die Unterrichtung gemäß Absatz 2 und 3 auch telefonisch erfolgen. Die Notwendigkeit der schriftlichen Unterzeichnung der Entscheidung durch die Beisitzer bleibt davon unberührt.

### § 9 Die mündliche Verhandlung

1. Der/Die Vorsitzende des Rechtsausschusses bestimmt den Tagungsort. Er trifft die vorbereitenden Anordnungen.
2. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich.
3. Den Vorsitz in der mündlichen Verhandlung führt der/die Vorsitzende des Rechtsausschusses oder der/die von diesem/dieser benannte Vertreter(in).
4. In der mündlichen Verhandlung ist ein Protokoll zu führen, das von dem/der Vorsitzenden und den Beisitzern(innen) zu unterschreiben ist.
5. Die Verfahrensbeteiligten sind zur mündlichen Verhandlung schriftlich zu laden. Die Ladung ist den Beteiligten mit den entsprechenden Schriftsätzen zuzustellen. Zwischen Zustellung und Ladung muss mindestens eine Frist von zwei Wochen liegen. In eiligen Fällen kann der Rechtsausschuss die Verkürzung dieser Frist auf eine Woche bestimmen.
6. Erscheint ein Verfahrensbeteiligter trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht, so kann ohne ihn verhandelt und entschieden werden.

### § 10 Beweisaufnahme

Der Rechtsausschuss hat im Verlaufe des Verfahrens zum Zwecke der Wahrheitsfindung die ihm als geeignet und für das Verfahren dienlichen Beweise zu erheben. Er kann insbesondere Zeugen vernehmen, Sachverständige laden, Urkunden vorlegen lassen und Ortsbesichtigungen vornehmen. Die erhobenen Beweise werden nach pflichtgemäßem Ermessen gewürdigt.

### § 11 Entscheidung

1. Bei mündlicher Verhandlung verkündet der/die Vorsitzende den vom Rechtsausschuss getroffenen Beschluss nach geheimer Beratung. Der Beschluss ist von den Beisitzern(innen), die an der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterzeichnen.
2. Die vom Rechtsausschuss im schriftlichen Verfahren oder nach mündlicher Verhandlung getroffene Entscheidung ist zusammen mit der schriftlichen Begründung den Verfahrensbeteiligten zuzustellen. Die Zustellung hat spätestens binnen einem Monat nach Beschlussfassung (bei mündlicher Verhandlung) oder nach Vorlage der von den Beisitzern(innen) unterschriebenen Entscheidung bei dem/der Vorsitzenden (bei schriftlichem Verfahren) zu erfolgen.
3. Die Entscheidungen werden mit einfacher Stimmenmehrheit getroffen. Eine Stimmenthaltung ist

ausgeschlossen.

4. Kann der Rechtsausschuss zu keiner Entscheidung gelangen, muss er das Verfahren der nächsten Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorlegen.
5. Die sofortige Wirkung der Entscheidung kann angeordnet werden. Voraussetzung hierfür ist ein einstimmiger Beschluss der mit der Sache befassten Mitglieder des Rechtsausschusses.
6. Die Entscheidungen sind dem/der Präsidenten des DNagB in geeigneter Form zur Kenntnis zu bringen.
7. Die Kosten des Verfahrens sind in den §§ 14 und 15 geregelt.

## **§ 12 Strafen**

1. Der Rechtsausschuss kann folgende Strafen aussprechen:

- a) Verweis
- b) Lehrgangsbeschränkung
- c) Startverbot
- d) Hausverbot
- e) Veranstaltungssperre
- f) Amtsausübungssperre
- g) Amtsenthebung
- h) Ausschluss aus dem Verein
- i) Geldstrafen bis 500 Euro
- j) Prüfungssperre
- k) Prüfungswiederholung

Bis zur Rechtskraft einer Entscheidung kann gleichzeitig über die Suspendierung von allen Ämtern entschieden werden.

2. Die Strafen können einzeln oder nebeneinander verhängt werden.
3. Über die sofortige Vollziehung einer Entscheidung sowie über die Entscheidung selbst sind die von dieser Entscheidung betroffenen Mitglieder des DNagB in geeigneter Weise zu unterrichten.
4. Außerdem behält der Verein sich vor, vom Mitglied Schadenersatz zu fordern.

## **§ 13 Rechtsmittel**

Gegen eine Entscheidung des Rechtsausschusses kann der/die Betroffene und der/die Präsident(in) des DNagB innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung bei dem/der Vorsitzenden des Rechtsausschusses Berufung einlegen. Über die Berufung entscheidet die Mitgliederversammlung. Die Entscheidung der Mitgliederversammlung ist endgültig. Verfahren vor den staatlichen Gerichten bleiben davon unberührt.

### *Teil III – Kosten des Verfahrens*

#### **§ 14 Kostenvorschuss**

1. Das Verfahren ist grundsätzlich so kostengünstig wie möglich zu halten. Unnötige Kosten sind zu vermeiden.
2. Der/Die Vorsitzende des Rechtsausschusses leitet erst dann eine schriftliche Verhandlung ein, wenn beim Schatzmeister des DNagB ein Kostenvorschuss von 150 Euro eingegangen ist. Im Falle einer mündlichen Verhandlung beträgt dieser Kostenvorschuss 300 Euro. Diese Vorschusszahlungen sind vom Kläger zu leisten. Sie können aber auch vom DNagB übernommen werden.
3. Besteht die klagende Partei auf eine kostenintensive Beweisaufnahme (z.B. Ortsbesichtigung, etc.), so ist von ihr sowohl bei mündlicher als auch bei schriftlicher Verhandlung ein Kostenvorschuss von 300 Euro zu leisten.
4. Die Übernachtungs und die Fahrtkosten für die Mitglieder des Rechtsausschusses werden nach den für den DNagB üblichen Grundsätzen abgerechnet.

#### **§ 15 Kosten**

1. Jede Entscheidung des Rechtsausschusses ist mit einer Kostenentscheidung zu versehen.
2. Die Kosten des Verfahrens tragen die Beteiligten des Verfahrens im Verhältnis ihres Obsiegens und Unterliegens oder der DNagB. Das Kostenverhältnis wird vom Rechtsausschuss in der schriftlichen Begründung aufgeführt.
3. Zu den Verfahrenskosten gehören
  - a) Übernachtungs und Fahrtkosten für an der Entscheidung beteiligte Mitglieder des Rechtsausschusses,
  - b) die Kosten für die Beweisaufnahme,
  - c) Porto und Telefonkosten bis zu 50 Euro,
  - d) Schreib und sonstige Kosten, die anlässlich des Verfahrens entstanden sind, bis zu 50 Euro.
4. Streitigkeiten über Höhe und Umfang der festgesetzten Kosten werden vom Rechtsausschuss unanfechtbar entschieden. Die Berufungsinstanz, die über die Hauptsache entscheidet, kann eine abweichende Kostenentscheidung treffen.